Ressort: Lokales

Haseloff will Bundestag und Bundesregierung beim NPD-Verbot dabei haben

Magdeburg, 14.12.2012, 07:02 Uhr

GDN - Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) hat vor der Bundesratsentscheidung am Freitag über einen Antrag auf Verbot der NPD beim Bundesverfassungsgericht an Bundestag und Bundesregierung appelliert, sich dem Antrag anzuschließen. "Ziel und Wunsch ist es, dass wir die Initiative möglichst geschlossen nach Karlsruhe tragen und den Antrag gemeinsam mit Bundestag und Bundesregierung stellen", sagte er der "Mitteldeutschen Zeitung".

Unabhängig davon sei der Beschluss des Bundesrates am Freitag "irreversibel", fügte Haseloff hinzu. "Er wird auf jeden Fall zu einer Klage führen." Denn es gebe "ein Bedürfnis der gesamten Gesellschaft, das Thema zu Ende zu bringen". Und es sei ganz klar: "Die NPD ist verfassungsfeindlich."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-4129/haseloff-will-bundestag-und-bundesregierung-beim-npd-verbot-dabei-haben.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619